Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 75 (1997)

Heft: 2

Artikel: Überleben die Gewerkschaften das 20. Jahrhundert? : Zukunft der Arbeit und der Arbeitswelt

Autor: Daguet, André

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-341333

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Überleben die Gewerkschaften das 20. Jahrhundert?

Zukunft der Arbeit und der Arbeitswelt

Die Welt der Arbeit ist in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre nicht mehr die Welt der intakten Normalarbeitsverhältnisse, an denen sich die Gewerkschaften über Jahrzehnte mit Erfolg orientieren konnten. Die Wirtschaft treibt national und weltweit – beschleunigt durch den Zusammenbruch der staatssozialistischen

André Daguet

Ökonomien – in Richtung eines verwilderten Kapitalismus, der unter dem ideologischen Deckmantel von Globalisierung und verschärftem Standortwettbewerb vertraglich ausgehandelte Arbeitsbedingungen zerstört und wachsende Gruppen von Beschäftigten in prekäre Arbeitsverhältnisse abdrängt oder vollständig aus dem Erwerbsleben ausgrenzt.

Der enge Zusammenhang zwischen Wachstum und (Voll-)Beschäftigung ist gebrochen. Wenn die Schweiz aus der längsten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit herauskommt, ist Beschäftigung für alle – geht der vorherrschende Trend weiter – nicht mehr gewährleistet. Das Modell Novartis bestätigt diesen Trend: Zwei der erfolgreichsten Unternehmen im Weltmarkt beschliessen die Fusion und geben gleichzeitig den Abbau von 10.000 Arbeitsplätzen – davon 3.500 in der Schweiz – bekannt. Am selben Tag steigt der Kurswert der Aktien um 18 Milliarden Franken.

Die Restrukturierung von Produktionsprozessen in vielen Branchen und die damit verbundene Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse verändern die Arbeitswelt grundlegend und werfen tradierte gewerkschaftliche Vorstellungen von Arbeitszeitgestaltung, z.B. in Form der Wochenarbeitszeit, über den Haufen. Der sozio-kulturelle Wandel in Richtung Individualisierung und der Wandel der Geschlechterrollen in Gesellschaft und Wirtschaft führen ihrerseits zu einer veränderten Arbeitswelt.

Globalisierung als Vorwand für Abbau

Die Globalisierung der Wirtschaft und der Wettbewerb der Standorte dienen den Arbeitgebern und der politischen Rechten in erster Linie als ideologisches Vehikel zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, zur einseitigen Flexibilisierung der Arbeit zulasten der Beschäftigten und zur Senkung der Arbeitskosten, mit dem Ziel einer beschleunigten Umverteilung von unten nach oben bzw. zwischen Arbeit und Kapital. Die Erfahrungen mit der Krise der neunziger Jahre belegen dies Entwicklung:

- Die Exportwirtschaft hat in den Rezessionsjahren zugelegt, und dies trotz hohem Schweizer Franken.
- Die Produktivität in der Industrie hat in der Krise um rund 20% zugenommen. Während die Löhne in dieser Periode

stagnieren, haben sich die Gewinne der über hundert grössten börsenkotierten Unternehmungen verdoppelt.
- Trotz hoher Arbeitslosigkeit leisten vorab Vollzeitbeschäftigte Überstunden in Rekordhöhe.

Die Schweiz gehört weltweit zu den konkurrenzfähigsten Wirtschaften. Die im internationalen Vergleich hohen Löhne in der Schweiz stellen diese Stellung dank der hohen Arbeitseffizienz nicht in Frage. Im Gegenteil, viele Arbeitgeber haben die Krise der neunziger Jahre einseitig dazu benutzt, um mit einer forcierten Restrukturierung zulasten der Beschäftigten ihre Unternehmungen noch besser zu positionieren.

Die Gewerkschaftsbewegung verliert an Terrain

Die Globalisierung der Wirtschaft, verbunden mit dem Deregulierungsdiskurs und dem neoliberalen Angriff auf gesamtarbeitsvertraglich wie gesetzlich regulierte Arbeitsbedingungen, stellt die Rolle der Gewerkschaften grundlegend in Frage. Der gewerkschaftliche Abstimmungserfolg gegen das arbeitnehmerfeindliche Arbeitsgesetz ist zwar Zeichen einer Remobilisierung der Gewerkschaften, doch noch keineswegs Ausdruck einer verfestigten Überlebensstrategie.

Im Gegenteil, die Gewerkschaften verlieren nach wie vor an Terrain: Die gesamtarbeitsvertragliche Abdeckung der Beschäftigten ist rückläufig und heute bereits unter 50 Prozent. Die Mitgliederzahl nimmt weiter ab. Einzelne Verbände befinden sich in einer sehr kritischen Lage, finanziell und gewerkschaftspolitisch. Und die Rezession mit dem raschen Strukturwandel, dem Abbau von 300'000 Arbeitsplätzen und der Rekordarbeitslosigkeit hat die Gewerkschaften nicht gestärkt, sondern den Erosionsprozess eher noch beschleunigt. Nur mit einer radikalen Erneuerung der Gewerkschaftspolitik ist der Abwärtstrend der Gewerkschaften aufzuhalten. Die Gewerkschaften stehen vor drei zentralen Herausforderungen: Schaffung von Arbeitsplätzen, Umverteilung der Arbeit und ökologischer Umbau der Wirtschaft.

Dauertraktandum Gewerkschaftsreform

Die Reform der Gewerkschaften ist ein zwanzigjähriges Dauertraktandum des SGB und seiner Verbände. Doch der notwendige Umbau ist das Stadium von Kommissionen und Papieren kaum hinausgekommen. Erst jetzt und zu einem guten Teil unfreiwillig ist Bewegung in die Apparate der Verbände und des SGB gekommen. Sowohl bei den Gewerkschaften des privaten Sektors als auch bei öffentlichen Verbänden, die mit der Liberalisierung von Telecom, Post und Bahn unter Zugzwang stehen.

Die Reform der Gewerkschaften ist ein zwanzigjähriges Dauertraktandum.

Die Gewerkschaften stehen vor der grössten Herausforderung ihrer Geschichte. Sie haben nicht nur das Tempo des Strukturwandels und der Öffnung der internationalen Märkte weit unterschätzt, sondern mit den notwendigen Anpassungen von Aufgaben und Strukturen zu lange gezögert:
- Der Wandel von der industriell-gewerblichen Wirtschaft in Richtung Dienstleistungsgesellschaft, aber auch der Wandel vom traditionellen Industriearbeiter in Richtung neuer Angestelltenschichten ist nicht genügend rasch aufgenommen und der rasant wachsende Dienstleistungsbereich nicht rechtzeitig organisiert worden.
- In den siebziger und achtziger Jahren haben die Gewerkschaften mit der SP jeweils noch darüber gestritten, was vertraglich und was gesetzlich reguliert werden soll. Die relative Absenz in der Politik bzw. der politische Konservatismus der Gewerkschaften in dieser Periode haben den Handlungsspielraum dabei mehr eingeengt als erweitert.

- Die globale Öffnung der Märkte und die wachsende Verlagerung von wirtschaftlichen Entscheidungszentren im nationalen und internationalen Rahmen haben den Einfluss der national- und branchenorientierten Gewerkschaften zusätzlich eingeschränkt.

Ohne radikale Reform werden die Gewerkschaften am Ende dieses Jahrhunderts eine zunehmend marginale Rolle spielen. Der Trend läuft gegen die Gewerkschaften. Viele Arbeitgeber wollen ihre Vertragspartnerschaft nicht mehr auf gesamtarbeitsvertraglicher Basis mit den Gewerkschaften fortführen, sondern das Aushandeln von Arbeitsbedingungen und Löhnen auf die betriebliche Ebene zurückholen und damit den Einfluss der Gewerkschaften auf Unternehmung und Branchenentwicklung ausschalten.

Das hauptsächliche Ziel der Gewerkschaften ist die Beschäftigung für alle zu fairen Bedingungen.

Der Umbau ist unumgänglich, wenn die Gewerkschaften ihre einstmals gewichtige Rolle für die Entwicklung der Arbeitswelt, der Beschäftigung und der Arbeitsbedingungen in den kommenden Jahrzehnten wiederfinden wollen.

Mehr ökonomische Kompetenz

Die Gewerkschaften müssen ökonomisch kompetenter werden. In einer Zeit, in der Meldungen über Massenentlassungen, Betriebsschliessungen, Konkurse und die Verlagerung von Produktion und Arbeitsplätzen ins Ausland einander jagen, reicht es nicht mehr, wenn die Gewerkschaft gegen rücksichtslose Entscheide der Konzernleitungen Sturm läuft, vor den Fabriktoren protestiert und ihre Hauptrolle im übrigen auf das Aushandeln von Sozialplänen reduziert. Sozialpläne sind eine wichtige Errungenschaft der Gewerkschaft, doch sie verkommen zur sozialen Abfederung einer Wirtschaft mit hoher Sockelarbeitslosigkeit und mit zunehmender Ausgrenzung grosser Teile der Belegschaften. Dies kann nicht das Ziel der Gewerkschaften sein.

Das hauptsächliche Ziel der Gewerkschaften ist die Beschäftigung für alle zu fairen Bedingungen. Die Umverteilung der Arbeit gehört zur Kernfrage der Gewerkschaftspolitik, wenn der Produktivitätsfortschritt der Wirtschaft nicht zur gigantischen Arbeitslosenfalle werden soll.

1. Die Gewerkschaften müssen neue Arbeitszeitkonzepte und -optionen entwickeln, die der Notwendigkeit generelle Arbeitszeitverkürzungen, dem Bedarf an mehr Flexibilität und dem Bedürfnis nach Individualisierung Rechnung tragen. Neue Arbeitszeitmodelle dürfen dabei allerdings nicht den mit dem Normalarbeitsverhältnis verbundenen Schutz in Frage stellen. Die Arbeitszeitverkürzung ist ein entscheidender Faktor bei der Überwindung der tradierten Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern und für die bessere Positionierung der Frauen in der Wirtschaft.
2. Die Gewerkschaften müssen dafür kämpfen, dass die Bewältigung betrieblicher Krisen vor allem in Zeiten der Rezession nicht zur einseitigen Risikoabwälzung zulasten der Beschäftigten führt. Durch Umverteilung der verbleibenden Arbeit auf mehr Beschäftigte (z.B. im Sinne des VW-Modells) müssen betrieblich bedingte Entlassungen verhindert werden.
3. Flexiblere Arbeitszeitformen müssen einhergehen mit einer qualifizierten Beteiligung der Beschäftigten bei der Gestaltung der Arbeitswelt von morgen. Die Gewerkschaften müssen die Mitbestimmungsdiskussion endlich wieder offensiv aufgreifen.

Ebenso wichtig ist, dass die Gewerkschaften mit hoher sozialer und ökonomischer Kompetenz langfristige Perspektiven für die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts entwerfen. Der ökologische Umbau muss vorangetrieben und das Innovationspotential im Bereich der Zukunftstechnologien ausgeschöpft werden. Sie beinhalten ein immenses Beschäftigungspotential und bil-

den die Grundlage für eine Politik des nachhaltigen Wachstums. Es kann nicht Aufgabe einer Gewerkschaft sein, sich z.B. für ein Kraftwerk-Projekt stark zu machen, das zwar kurzfristig beschäftigungswirksam ist, gleichzeitig aber die falsche Energiepolitik zementiert. Dies ist eine Frage der gewerkschaftlichen Glaubwürdigkeit.

Im öffentlichen und politischen Raum agieren

Der Streit der Gewerkschaften mit der SP über vertragliche oder gesetzliche Regulierung der Arbeitsverhältnisse ist zum Glück vorbei. Wenn der vorherrschende Trend kapitalistischer Verwilderung gestoppt und der sozialstaatliche Ausgleich gesellschaftlicher Ungleichheiten durchgesetzt werden sollen, ist die verstärkte politische Präsenz für die Gewerkschaftsbewegung unabdingbar. Der politische Regelungs- und Massnahmenbedarf reicht von der Beschäftigungs- und Technologiepolitik, ökologischem Umbau, Arbeitsgesetzgebung, Altersvorsorge, Gesundheitspolitik, Mutterschaftsschutz bis zur Europafrage und zur Finanz- und Steuerpolitik. Die gewerkschaftlichen Ziele lassen sich ohne Reregulierung auf politischer Ebene nicht mehr adäquat einlösen.
Eine Gewerkschaft, die nicht im öffentlichen Raum agiert, ist auch für Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände kein ernstzunehmender Faktor. Ökonomische Kompetenz und politische Präsenz sind die Grundpfeiler einer öffentlich stärker profilierten, aktionsfähigeren Gewerkschaft. Die Gewerkschaften haben klar erkennbare Defizite in der Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit. Dies bestätigen jüngste Umfragen: Die Komptenz der Gewerkschaften zur Lösung der zentralen Probleme des Landes, allen voran der Arbeitslosigkeit, hat in der öffentlichen Einschätzung weiter abgenommen. Dass das Misstrauen gegenüber den Arbeitgebern in Sachen Problemlösungskompetenz noch grösser ist, hilft da auch nicht weiter.

Vertragspolitik setzt Mobilisierungsfähigkeit voraus

Die Vertragspolitik ist eine traditionelle Stärke der Gewerkschaften im privaten Sektor. Dies gilt auch für die Zukunft, selbst wenn der Trend heute in Richtung Abbau und Aushöhlung gesamtarbeitsvertraglicher Regelungen weist. Die Zeiten, in denen der Erfolg der Gesamtarbeitsverträge aber einzig auf den Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften hinter geschlossenen Türen beruhte, sind vorbei. Wer seine Interessen erfolgreich durchsetzen will, muss aus einer Position der Stärke heraus verhandeln. Die Sozialpartnerschaft braucht klare gegenseitige Spielregeln. Diese Spielregeln dürfen die Gewerkschaft aber nicht davon abhalten, ihre politischen Ziele öffentlich nachvollziehbar und glaubwürdig zu vertreten. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die Mobilisierungs- und Konfliktfähigkeit der Gewerkschaft.

Wenn der vorherrschende Trend kapitalistischer Verwilderung gestoppt werden soll, ist verstärkte politische Präsenz für die Gewerkschaft unabdingbar.

So wenig ausgedient wie die SP

In den achtziger Jahren war es für viele Medien, allen voran die NZZ, en vogue, das Ende der Sozialdemokratie zu prophezeien. Die Entwicklung der neunziger Jahre hat diese Prognosen Lügen gestraft. Jetzt ist es en vogue, die Gewerkschaften als Auslaufmodell zu thematisieren. Dafür sprechen der Mitgliederschwund, die Aushöhlung der Gesamtarbeitsverträge und die fortschreitende Globalisierung und im Gefolge die Deregulierung der Wirtschaft. Die Geschichte wird sich wiederholen. So wenig die SP für die Zukunft obsolet geworden ist, so wenig haben die Gewerkschaften ausgedient. Im Gegenteil: Die Neuregelung der Arbeitsverhältnisse in einem System der weltweiten Marktöffnung, des verwildernden Kapitalismus und der

auf kurzsichtigen Erfolg ausgerichteten Kostensenkungsstrategien zulasten der Beschäftigten wird die Attraktivität der Gewerkschaften erhöhen. Doch nur, wenn die dringend notwendige Reform der Gewerkschaftspolitik und der gewerkschaftlichen Strukturen ohne Tabus und radikal genug vorangetrieben wird. Das bedingt innovative, offensive und konfliktfähige Einzelgewerkschaften und noch viel mehr eine Reformbereitschaft der Gewerkschaftsbewegung insgesamt. Die beiden grossen Gewerkschaften GBI und SMUV haben mit dem Verbund-Projekt einen wichtigen Schritt eingeleitet, der zum Testfall der Reformfähigkeit wird.

Gelingt der Umbau zur modernen, kompetenten und aktionsfähigen Gewerkschaft rasch genug, werden Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände die Rolle und den Einfluss der Gewerkschaften als politischen Faktor ins unternehmerische Kalkül miteinbeziehen müssen. Denn mit politisch erstarkten Gewerkschaften wird es von Vorteil sein, sich rascher mit ihnen an den Verhandlungstisch zu setzen, statt ihren Einfluss in Branchen und Betrieben zunehmend zurückzubinden. Andernfalls werden den Konzernleitungen und Arbeitgeberverbänden konfliktfähige Gewerkschaften gegenüberstehen, die im Bündnis mit der politischen Linken die Interessen der Beschäftigten und der Erwerbslosen auf anderer Ebene und mit anderen Mitteln erfolgreich durchsetzen werden. Daran wird auch die stereotype Drohung mit der Verlagerung der Arbeitsplätze ins Ausland nichts ändern. Das haben viele Arbeitgeber und ihre zum Teil verkrusteten Verbandsapparate bis heute nicht begriffen.

Das grösste Standorthindernis ist die Innovationsfeindlichkeit der Schweizer Unternehmer

Das Gros der Schweizer Wirtschaftskader lamentiert landauf und landab über Standortnachteile, hohe Arbeitskosten und Steuerbelastung. Obschon die Fakten das Gegenteil beweisen. In der Rezession der neunziger Jahre war ein Sektor erfolgreich: die Exportindustrie. Weder der Sozialstaat noch die hohen Löhne, sondern Kartellmentalität und Innovationsfeindlichkeit des durchschnittlichen Schweizer Unternehmers sind das grösste Hindernis für den Schweizer Wirtschaftsstandort.

Die Arbeitgeber würden gut daran tun, sich in einer Zeit wirtschaftlicher Krise mehr um zukunftsfähige Perspektiven und Innovationsprojekte zu kümmern statt um Deregulierung, Senkung der Arbeitskosten und Steuerentlastungen. Und endlich damit aufhören, bei jeder Gelegenheit das angebliche Wirtschaftswunder USA anzupreisen. Das hilft nicht weiter.

Stephen S. Roach, der Chefanalyst der amerikanischen Investmentbank Morgan Stanley kam kürzlich in einem bemerkenswerten Aufsatz zu den langfristigen Konsequenzen einer auf Rekordgewinne und shareholder-value ausgerichteten Unternehmenspolitik zum Schluss, dass die reine Kostensenkungsstrategie zwar zu einer kurzfristigen Effizienzsteigerung führe, der Verzicht auf Investitionen in Innovationen und Humankapital umgekehrt aber keine langfristige Steigerung der Produktivität mit sich bringe. Sein Fazit: Die USA befindet sich womöglich auf dem besten Weg, ihre eigene Industrie auszulöschen. In der Tat kein Zukunftsmodell für die Schweizer Wirtschaft. Das müssten sich auch die Kostensenkungsstrategen der HSG in St. Gallen hinter die Ohren schreiben.

André Daguet, 1947, lic.rer.pol., Studium der Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Bern, 1986 - 1996 Generalsekretär der SP Schweiz, seit Januar 1997 Mitglied der Geschäftsleitung der Gewerkschaft SMUV.